



Pressemitteilung

Hannover, den 28.3.79

"Rede - Gegenrede" beginnt auf dem hannoverschen
Messegelände/Diskussionsrunde dient zur Meinungsbildung
der Landesregierung

Mit einer Begrüßungsansprache von Ministerpräsident Ernst Albrecht beginnt am heutigen Mittwoch in Hannover das Hearing der Niedersächsischen Landesregierung "Rede - Gegenrede". Unter dem Vorsitz von Prof. C.F. von Weizsäcker werden 62 Kernenergieexperten aus zehn Ländern sechs Tage lang (bis einschließlich 3. April) ihre Pro- und Contra-Argumente über das von der Bundesregierung in Gorleben geplante nukleare Entsorgungszentrum austauschen. Die Veranstaltung soll der Landesregierung als Genehmigungs-behörde zur Meinungsbildung darüber dienen, ob die Anlage in der vorgesehenen Form unter sicherheitstechnischen Gesichtspunkten grundsätzlich realisierbar erscheint oder nicht.

Die Auswertung des Hearings durch die Landesregierung wird etwa zwei Monate in Anspruch nehmen, so daß - wenn nicht weitere Gutachten erforderlich werden - voraussichtlich im Juni mit einer Entscheidung zu rechnen ist. Im Falle eines positiven Votums wird die Landesregierung dann die Genehmigung zu Tiefbohrungen in Gorleben erteilen, die Aufschluß über die Eignung des dortigen Salzstocks für die Endlagerung hochradioaktiven Abfalls geben sollen.

Während des Hearings werden die Zweifelsfragen der Kernenergiekritiker in Rede und Gegenrede mündlich erörtert. Die Auswahl der ausländischen Kritiker erfolgte aufgrund einer Vorschlags-

liste des Grundeigentümergebietes Lüchow-Dannenberg. Die deutschen Kernenergiekritiker wählte der niedersächsische Sozialminister unter Berücksichtigung einer Vorschlagsliste des Weltbundes zum Schutze des Lebens aus.

Als Zuhörer nehmen an der Diskussionsrunde neben Vertretern der Presse teil:

Die Mitglieder der Niedersächsischen Landesregierung und 16 Bedienstete der zuständigen Landesministerien; 67 Landtagsabgeordnete; 24 Mitglieder der Kommission Gorleben sowie Vertreter der Bezirksregierung Lüneburg und des Landkreises Lüchow-Dannenberg; 8 Vertreter des Landesverbandes und des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, des Weltbundes zum Schutze des Lebens und des Grundeigentümergebietes Gorleben; 9 Vertreter des Bundes und 13 Vertreter anderer Bundesländer; 2 Vertreter der FDP; je 3 Vertreter der Reaktorsicherheitskommission und der Strahlenschutzkommission; je 5 Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB); 15 Vertreter der mit Gutachten u.ä. beauftragten Institutionen; 5 Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF); 3 Vertreter des Deutschen Atomforums; 2 Vertreter der EG - Euratom; 7 Vertreter der Kirchen; 5 Vertreter von Gewerkschaften und Niedersächsischem Landvolk; je ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes, der IHK, der Landwirtschaftskammer und der Handwerkskammer; 20 Einzelpersonen, darunter der US-Secretary of State, Weill.